

Dr. Andreas Bernig, Mitglied des Landtages

Telefon 0331 / 966 15 69

Telefax 0331 / 966 15 07

Funk: 0172 / 38 46 911

E-Mail: dr.andreas.bernig@kloster-lehнин.com

andreas.bernig@lt-dielinkefraktion.brandenburg.de

Telefon: 03327 / 570192

Telefax: 03327 / 570193

Werder (H.), den 11. 11. 09

Presseerklärung Dr. Andreas Bernig, Landtagsabgeordnete für DIE LINKE:

LINKE hat ihre Position zu den Altanschießern nicht geändert. Beitragsforderungen, die einmal verjährt waren, müssen verjährt bleiben.

Uns erreichen viele Anfragen von Verbänden, Bürgerinitiativen und Privaten, wie das weitere Verfahren hinsichtlich der Altanschießer verläuft. Gegenwärtig verschicken zahlreiche Zweckverbände ihre neuen Beitragsforderungen für Altanschlüsse. Der ehemalige Innenminister Schönbohm hatte die Zweckverbände nach der Fristverlängerung im KAG (Brandenburger Kommunalabgabengesetz) im Frühjahr 2008 mit Blick auf die bevorstehenden Wahlen (Kommunal, Landtag, Bundestag) aufgefordert, die Bescheide zurückzuhalten. Nun, nach den Wahlen, werden sie verschickt.

Die streitige Änderung des KAG, wonach Altanschießer zu veranlagen sind, haben CDU und SPD gegen die Stimmen der LINKEN und vieler Sachverständigen und Experten, aber auch Zweckverbände und die kommunalen Spitzenverbänden, durchgesetzt.

DIE LINKE hatte dagegen beantragt, dass verjährt bleiben soll, was einmal verjährt gewesen war.

Diese Forderung hatte DIE LINKE auch im Wahlprogramm verankert. Die Proteste sollten sich gegen CDU und SPD richten – nicht gegen die Linke. Der Koalitionsvertrag ist ein Kompromiss – kein Parteiprogramm. DIE LINKE konnte sich mit ihrer Position nicht gegen die SPD durchsetzen.

Wichtig sind: Widersprüche gegen die Bescheide einlegen, damit gerichtliche Überprüfungen der geänderten Regelungen stattfinden können. Ob diese verfassungskonform sind, ist noch nicht geklärt. Allerdings haben die Zweckverbände und Kommunen die Möglichkeit, Altanschießer mit geringeren Beiträgen zu belasten als Neuanschießer. Sollte es sehr viele Widersprüche und Proteste gegen die Veranlagung geben, kann dieses nochmals auf die politische Ebene gezogen werden.

DIE LINKE hat ihre Position nicht verändert – Altanschießer sollen nicht für den erstmaligen Anschluss, der teilweise Jahrzehnte zurückliegt, heute mit Beiträgen herangezogen werden dürfen.

Dr. Andreas Bernig MdL